

Parteispenden bleiben im Dunkeln

Auftrag Der Regierungsrat ist gegen die Offenlegungspflicht von Parteispenden. Die Forderung sei ein «heikles Unterfangen», dessen Durchsetzung schwierig und ein kantonaler Alleingang wenig sinnvoll.

VON URS MATHYS

Ein «klares und griffiges Gesetz» sei zu schaffen, das Ordnung bringe in den undurchsichtigen Dschungel der Parteien- und Kampagnenfinanzierung. Dies fordert Kantonsrat Markus Knellwolf (Obererlafingen) in einem Auftrag an den Regierungsrat. Der Grünliberale nennt das Beispiel des Kantons Genf zur Nachahmung. Heute sei nicht klar, «ob und wie stark die einzelnen politischen Parteien von kapitalkräftigen Interessengruppen abhängen.» Deshalb, so Knellwolf, wünsche sich die Bevölkerung mehr Transparenz in dieser Sache.

Offenlegung «kontraproduktiv»

Die Bundesebene wird vom Regierungsrat als wichtiges Argument gegen eine kantonale gesetzliche Regelung herangezogen wird. Nicht weniger als drei parlamentarische Initiativen aus der SP seien vom Nationalrat am 9. März 2010 abgeschrieben worden. Weitere Vorstösse seien derzeit hängig – mit entsprechend ungewissem Schicksal. «Die Schaffung gesetzlicher Grundlagen auf kantonaler Ebene – ohne Regelung auf Bundesebene

«Ohne Bundesregelung ist eine kantonale Lösung nicht sinnvoll.»
Der Regierungsrat



Markus Knellwolf: Der Grünliberale verlangt Transparenz. OM

– achten wir als nicht sinnvoll und als unverhältnismässig.

Gegen eine Offenlegungspflicht spricht gemäss der Regierung, «dass sich der Einsatz hoher Geldmittel ohnehin schwer bis gar nicht verhindern lässt.» Es werde sich nichts daran ändern, dass manche Parteien höhere Spenden erhalten als andere. Mangels staatlicher Finanzierung seien die Parteien nun einmal auf Spenden angewiesen. «Eine Offenlegungspflicht könnte sich kontraproduktiv auf die Parteien auswirken, weil sie Spender, die nicht in der Öffentlichkeit – insbesondere nicht in den Medien – genannt werden möchten, vom Spenden abhalten könnte», argumentiert der Regierungsrat freimütig.

Zudem seien neben Parteien auch Komitees, Interessenverbände und Unternehmen an der politischen Meinungsbildung beteiligt. Auch diese

würden grössere Summen für einzelne Kandidaten im Wahlkampf einsetzen. Wenn wirklich Transparenz geschaffen werden solle, «dann müssten sämtliche Spendentätigkeiten offen gelegt werden.» Letztlich stelle sich nach Meinung des Regierungsrates aber auch die Frage der Durchsetzbarkeit: Die Bestimmungen müssten sehr detailliert formuliert werden und einen nicht zu unterschätzenden administrativen Aufwand samt Kontrollapparat bedingen.

Unter internationaler Beobachtung

Immerhin gesteht auch die Regierung gegenüber Knellwolf ein, dass «nahezu alle europäischen Staaten die Finanzierung der politischen Parteien und der Wahlkampagnen gesetzlich geregelt haben. Die Staatengruppe des Europarates gegen Korruption habe im laufenden Jahr eine Evaluation der Schweiz vorgenommen. Gestützt darauf werde der Bundesrat über mögliche weitere Schritte befinden. Zudem erstelle das Bundesamt für Justiz derzeit ein rechtsvergleichendes Gutachten in Sachen Parteienfinanzierung. «Wir werden die Analyse verfolgen und prüfen, ob sich neue Erkenntnisse daraus ergeben», lässt der Regierungsrat die Türen einen kleinen Spalt offen.

Denn auch für eine Offenlegung spreche einiges, findet die Regierung: «Die Stimmbürger könnten in die Lage versetzt werden, sich über die politischen Einflüsse grosser Geldgeber zu informieren» und ebenso könnte «der Gefahr begegnet werden, dass Organisationen und Kandidierende durch im Hintergrund bleibende Interessenverbände oder Unternehmen manipuliert werden».

Noch nie wollten so viele nach Bern

Wahlen Knapp eine Woche vor Anmeldeschluss ist klar: Bei den Nationalratswahlen werden die Solothurnerinnen und Solothurner aus so vielen Kandidaten auswählen können wie noch nie. Erstmals tritt die Senioren-Vereinigung «CVP 60+» an.

VON STEFAN FRECH

Bis gestern Dienstag sind bei der Solothurner Staatskanzlei bereits 17 Listen eingereicht worden: Junge SVP, SVP, FDP 1, FDP 2, BDP, SP 1, SP 2, EDU, Grüne 1, Grüne 2, Juso, Junge Grüne, CVP 1, CVP 2, JCVP, CVP 60+ und GLP. Bis zum Anmeldeschluss vom 22. August wird mit der EVP mindestens noch eine weitere Partei hinzukommen. Gerechnet wird auch mit der Teilnahme der SVP International und der Tierpartei. Dann wären es bereits 20 Listen. Ein absoluter Rekord in der Geschichte des Kantons Solothurn. Und ein Sinnbild für die in den letzten Jahren stark zunehmende Zersplitterung der Parteienlandschaft. Zum Vergleich: 2003 traten die Parteien mit 11 Listen zu den Nationalratswahlen an, vier Jahre später waren es 13 Listen.

Ständerat: Keine Überraschungen

Für die Ständeratswahlen haben sich bis gestern die seit langem bekannten Kandidaten angemeldet: Pirmin Bischof (CVP), Kurt Fluri (FDP), Walter Wobmann (SVP) und Roberto Zanetti (SP). Barbara Banga (Tierpar-

tei) will ihre Kandidatur heute offiziell bei der Staatskanzlei einreichen. Dass sich bis Montag weitere Personen melden, ist unwahrscheinlich.

Die «CVP 60+» tritt im Kanton an

Unter den bisher eingereichten Listen für die Nationalratswahlen befinden sich keine Überraschungen. Bemerkenswert ist immerhin die Teilnahme der Senioren-Vereinigung CVP 60+. Diese bereits auf gesamtschweizerischer Ebene und in wenigen Kantonen aktive Partei tritt im

Solothurner Sektion von CVP 60+ wird am 29. August offiziell gegründet

Kanton Solothurn mit sechs CVP-Politikern an: Hans Abt (68, Dornach, Kantonsrat), Ueli Custer (62, Lommiswil, Gemeinderat), Eduard Gerber (70, Halten, Gemeindepräsident), Peter Henzi (77, Bellach, alt Kantonsrat), Urs Oegerli (69, Erlinsbach, Ex-Gemeindeschreiber) und Susanna Segna-Niggli (70, Lostorf, Gemeinderätin). Die Solothurner Sektion von CVP 60+ hat ihren Ursprung in der Vereinigung ehemaliger CVP-Kantonsräte und wird am 29. August offiziell gegründet. «Wir sind begeistert, dass sich Pensionierte aktiv politisch betätigen und die CVP insgesamt stärken», sagt CVP-Kantonalpräsidentin Annelies Peduzzi. Die CVP 60+ spannt über Listenverbindungen mit der Jungen CVP und den zwei Listen der CVP zusammen.

Briefe ans OT

Das Leiden ist nicht zu Ende

Rad fahren zwischen Egerkingen und Hägendorf

Wiederholt hat das OT über die Sanierung der Strecke zwischen Hägendorf und Egerkingen berichtet. Für Motorfahrzeuglenker mag die Leidenszeit zu Ende sein. Für Radfahrer sieht die Situation anders aus. Auf der Nordseite entsteht zwar ein Radweg, doch die Zufahrt hat man konsequenterweise noch nicht fertiggestellt, sodass er noch (wie lange noch) nicht befahrbar ist. Damit aber nicht genug. Während man hoffen darf, dass die Nordseite fertiggestellt wird, wurde auf der Südseite nur ein Radstreifen markiert. Während vor den Sanierungsarbeiten dort ein über 2 Meter breiter Radweg vorhanden war, ist die Situation jetzt für Radfahrer gefährlicher als zuvor. Radstreifen sind keine klare Abtrennung von der Fahrbahn und führen sogar zu einer Verminderung des Abstandes beim Überholen durch Motorfahrzeuglenker. Grundsätzlich passt dies ins Konzept der Solothurner Verkehrsplanung. Radwege/Radstreifen hören immer dort auf, wo die Situation gefährlich wird. Auf der Strecke zwischen Egerkingen und Olten (Baslerkreuzung) ist dies 10 Mal der Fall. Ich befahre die Strecke seit neun Jahren täglich, und in diesen neun Jahren wurde immer irgendwo gebaut. Durch die ganze Bautätigkeit ist es aber zu keiner einzigen wesentlichen Verbesserung für Radfahrer gekommen. Während der Bauphase zwischen Egerkingen und Hägendorf war die Verkehrssituation grösstenteils so gefährlich, dass die Strecke für Radfahrer nicht mehr zumutbar war (engste Verkehrsführung ohne Ausweichmöglichkeit, sodass man entweder beängstigt nah überholt oder von den Autos mit minimalem Abstand gejagt wurde). Die Baustellensignalisation wird zudem konsequenterweise immer auf dem Radstreifen gestellt, sodass die Radfahrer notgedrungen auf die Strasse ausweichen müssen. Das Fazit lautet für Radfahrer somit: Eine über einjährige Bauphase, viel Geld ausgegeben, und das Resultat ist we-

sentlich schlechter als zuvor. Es wird Zeit, dass der Kanton Solothurn ein klares und sicheres Radwegnetz entwirft, statt kosmetische Retuschen anzufügen, wo zufälligerweise genügend Platz vorhanden ist.

REIN JAN PISO, EGERKINGEN

Wachstum statt Abwanderung

Zu Werner De Scheppers Kolumne. OT, 12.8.2011, Seite 4 (Inland) Ich gehe mit Herrn De Schepper grundsätzlich einig in Bezug auf das, was er in seinem Artikel vom 12.8.11 schreibt. Ich finde es löblich, dass er die Zusammenhänge beim Namen nennt. Was mich allerdings gewaltig stört, nein empört, sind genau diese Inserate, welche er anprangert und die in jeder Ausgabe auf der Seite «Wahlen in den Kantonen» erscheinen. Nicht einmal, nein, gleich im Doppelpack. Ich frage die Redaktion* deshalb: Wachstum Ihrer Zeitung um jeden Preis? Oder: Nehmen Sie die Abwanderung Ihrer empörten Leser in Kauf?

PETER HEINIGER, WANGEN

* Das Inserategeschäft ist nicht Sache der Redaktionen, sondern der Verlage. (OTR)

Ein Beispiel von Intoleranz, Arroganz und Ignoranz

Zur Kolumne von Amira Hafner-Al-Jabaji, OT, 13.8.2011 In Grenchen haben alle Eltern, deren Kinder die Sek-P-Schulstufe besuchen, einen Brief der römisch-katholischen Kirche erhalten. Insbesondere Eltern, die einer anderen Landeskirche angehören, dürfte das ein wenig suspekt vorgekommen sein. Noch mehr gestaunt haben aber wohl jene, die keiner der christlichen Landeskirchen angehören. Der Inhalt des Schreibens soll dahin gehend lauten, dass die römisch-katholische und die reformierte Kirche entschieden hätten, den Religionsunterricht auf Sek-P-Stufe ökumenisch zu erteilen. Damit die

Orientierung wohl einen etwas strengen Unterton erhält, wurde dieses Schreiben zusätzlich von einem Mitglied der reformierten Kirche unterschrieben. Bis dahin könnte man das Ganze – mit etwas Wohlwollen – als «mangelndes Fingerspitzengefühl» einstufen, allerdings verbunden mit der Frage, was diese Anmassung der Absenderin eigentlich soll.

Was aber wird mit den Schülerinnen und Schülern gemacht, deren Eltern keiner der drei christlichen Landeskirchen angehören, sich zu anderen Religionsgemeinschaften oder zu gar keiner religiösen Institution bekennen. Offensichtlich in einem Anfall von Glaubenseifer wurde entschieden, dass auch diese Schüler dem christlichen Unterricht Folge zu leisten hätten. Dieser Entscheid sei in Absprache mit der staatlichen Schulleitung erfolgt, da der Unterricht im Klassenverband stattfindet. Hier wird bereits einmal der Begriff «Toleranz» missbraucht. Mich würde interessieren, was passierte, wenn eine Schweizer Familie, die in Istanbul lebt und sich dort zum Christentum bekennt, die Aufforderung bekäme, ihre Kinder müssten eine Koranschule besuchen. Das Gejaule und Gejammer der hiesigen christlichen Kirchenleitungen möchte ich liebend gern persönlich anhören! Der Spuk geht nun aber leider weiter. Die beiden grossen christlichen Gemeinden, deren Kirchenpersonal für den Unterricht zuständig ist, fordern für die Mehrkosten, die ihnen durch die befohlene Teilnahme «Andersgläubiger» entstehen, einen Beitrag zur Deckung dieser Auslagen! Demzufolge muss «Schulgeld» bezahlt werden von den «Heideneltern» für die obligatorische Schulzeit ihres Nachwuchses! Was mich hier am meisten stört, ist der Umstand, dass derart widersinnige Entscheidungen vom Staat bzw. der Grenchner Schulleitung sanktioniert werden. Im Übrigen wird hier wieder einmal mehr bewiesen, dass es den Kirchen nur ums Geld geht. Was speziell die beiden grossen christlichen Landeskirchen mit staatlicher Duldung hier anzetteln, ist ein höchst

negatives Beispiel von Intoleranz, Arroganz und Ignoranz, für mich persönlich eine grobe Missachtung der Würde jedes anders denkenden und fühlenden Menschen. Das Ganze erinnert mich an die unseligen Kreuzzüge im finsternen Mittelalter. Oder, um ein Beispiel aus dem letzten Jahrtausend zu nennen, daran, dass dringend benötigte humanitäre Hilfe in Afrika sehr gut dann geleistet werden konnte, wenn sich die «unterentwickelten Schwarzen» als Gegenleistung zum Christentum bekannten. Motto: «Ich baue Dir Dein eigenes Haus und Du betest dafür den Rosenkranz ...»

PIUS STUDER-BÖSCH, HÄRKINGEN

Die Chance, jemandem ein Leben zu schenken

Der Basler Philosoph Andreas Brenner lehnt die Leichenspende ab Als Bruder eines nierentransplantierten Kindes habe ich den Artikel über Organspende und die Aussagen von Andreas Brenner mit Kopfschütteln gelesen. Die Schweiz hat eine der niedrigsten Organspenderraten in Europa. Pro Jahr sterben 50 Schweizer, da es zu wenig Spendeorgane gibt. Die Mehrheit der Schweizer Bürger sind für eine Organspende nach ihrem Tod, jedoch nur wenige tragen einen Spenderausweis auf sich. Der Hauptunterschied zu Ländern wie Spanien, welche eine doppelt so hohe Spenderate aufweisen, liegt beim Gesetz. In Spanien herrscht die so genannte Widerspruchslösung. Anstatt wie in der Schweiz Ja zu sagen, muss man in Spanien nur Nein sagen. Somit ist nur dieser kleine Teil der Bevölkerung betroffen, welcher keine Organspende möchte. Erst wenn der Tod eines Menschen festgestellt wurde, wird über eine mögliche Organentnahme entschieden. Vom ethischen Aspekt her frage ich mich, was gibt es Wertvolleres, als jemandem nach meinem Tod ein Leben zu schenken? Zudem haben sich alle grossen Weltreligionen im Sinne der Nächstenliebe und der Mitmenschlichkeit für die Organspende ausge-

sprochen. Herrn Brenners Versuche, ethische Gründe gegen eine Organspende zu suchen, sind für mich haltlos. Es ist einfach, als nicht Betroffener über ein Thema wie dieses zu philosophieren, nur geht es hier um Leben oder Tod. Ich verstehe nicht, wie Andreas Brenner jemandem ein Leben verbieten will. Welche Familie würde nicht alles in der Welt geben, dass ihr Sohn leben kann? Mein Bruder bekam mit zwei Jahren eine Leichenspende und ist jetzt mit 15 Jahren ein intelligenter, sportlicher Jugendlicher. Diese Person, welche sich damals für eine Organspende entschied, hat ihm sein Leben geschenkt.

TIMO KAUFMANN, OLTEN

Profitieren würden Leute mit hohem Einkommen

Steuersenkung soll Solothurner Unternehmen helfen Die Solothurner Handelskammer mit ihrem Direktor Roland Fürst (CVP) fordert vom Kanton eine Steuersenkung. Diese soll den Unternehmen helfen, denen es wegen des starken Frankens zurzeit nicht so gut geht. Die Steuern machen in einem Unternehmensbudget aber nicht einen der grossen Aufwandsposten aus. Macht zudem ein Unternehmen weniger Gewinn, so bezahlt es auch weniger Steuern. Eine Steuersenkung ist also kein Mittel, um den Unternehmen zu helfen. Sie hilft jedoch Leuten mit hohem Einkommen. Und genau das ist es eigentlich, was die bürgerlichen Parteien wollen. Nur klingt es besser, wenn man es der verunsicherten Bevölkerung als Hilfe für die Not leidende Wirtschaft verkaufen kann. Ganz im Gegenteil wäre eine Steuersenkung ein Bumerang. Denn wer weniger einnimmt, kann auch weniger ausgeben. Muss also der Kanton die Steuern senken, so wird er bei den Ausgaben kürzen. Dadurch entgehen der Wirtschaft Aufträge und sie erhalten in Zukunft weniger gut ausgebildete Lernende. Hütet Euch also vor Steuersenkungen!

HARDY JÄGGI, RECHERSWIL